



Zentrum
Liberale
Moderne

Netzwerk Nahost

PERSPEKTIVEN FÜR EINE POLITISCHE LÖSUNG DES NAHOSTKONFLIKTS

von Kerstin Müller und Ralf Fücks (Hrsg.), mit Beiträgen von
Samer Sinijlawi und Eli Bar-On, Yossi Beilin, Zippora Diskind,
Huda Abuarquob, Abdulaziz Alkhamiz und Anwar El Sadat

LibMod Policy Paper



Von links: Martin Kobler, Anwar El Sadat, Marius Strubenhoff, Huda Abuarqoub, Tzipi Diskind, Kerstin Müller, Ralf Fücks, Eli Bar-On, Peter Lintl, Miri Shalem, Samer Sinjlawi und Hannah Mann beim Treffen des Netzwerkes im September 2025 in Berlin

Mitglieder des Netzwerkes Nahost

Israel: **Eli Bar-On**, Mitbegründer und CEO von *MENA2050*; **Dr. Yossi Beilin**, Initiator der „Holy Land Confederation“, ehemaliger Justizminister, Initiator des Oslo-Abkommens; **Yifat Ovadia**, Rechtsanwältin, Gründerin und CEO von *Tema*; **Yifat Sela**, Vorsitzende von Emunah, der nationalreligiösen Frauenbewegung; **Miri Shalem**, CEO, Kulturzentrum von Bet Shemesh, Netzwerk *Tema*; **Zippora Diskind**, Journalistin, Netzwerk *Tema*; Rabbi **Yitzhak Ben David**, Institut für die Ausbildung von Stadtrabbinern, Gemeindevorsteher.

Palästinensische Gebiete: **Huda Abuarqoub**, Spezialistin für Friedensförderung, Beraterin für die UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“, Expertin für Konflikttransformation; **Thaer Abed**, Unternehmer aus Ramallah, Sicherheits- und Wirtschaftssektor; **Dr. Tahani Abu Daqqa**, Unternehmerin, politische und humanitäre Aktivistin, Gaza; **Samer Sinjlawi**, Vorsitzender des Jerusalem Development Fund, politischer Aktivist und Mitglied der Fatah-Opposition; sowie einige weitere Personen, die keine Veröffentlichung ihrer Namen wünschten.

Deutschland: **Martin Kobler**, ehemaliger Botschafter, ehemaliger UN-Sonderbeauftragter für den Irak, die Demokratische Republik Kongo und Libyen; **Peter Lintl**, Forscher, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit (SWP); **Carsten Ovens**, Geschäftsführer, ELNET Deutschland; **Kerstin Müller**, ehemalige MdB und Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Senior Fellow beim *LibMod*, Mitveranstalterin des Netzwerkes; **Ralf Fücks**, ehemaliger Präsident der *Heinrich-Böll-Stiftung*, Geschäftsführer und Gründer des *LibMod*, Mitveranstalter des Netzwerkes.

Regional: **Abdulaziz Alkhamis**, leitender saudischer Journalist und Forscher, Vorstand von *MENA2050*; **Anwar E. El Sadat**, ehemaliger ägyptischer Abgeordneter, Vorsitzender der *Reform- und Entwicklungspartei*, Vorstand von *MENA2050*.

INHALT

Einleitung und einige Schlussfolgerungen	
von Kerstin Müller und Ralf Fücks	4
 1. Der eigentliche Konflikt ist der zwischen Extremisten und Moderaten	
von Samer Sinijlawi und Eli Bar-On	8
 2. Von Oslo zu einer „Konföderation des Heiligen Landes“	
von Yossi Beilin	12
 3. Die eigene Geschichte macht Grund zur Hoffnung	
von Zippora Diskind	14
 4. Jenseits der Macht und politischer Führung: Warum palästinensische Frauen für einen dauerhaften Frieden unverzichtbar sind	
von Huda Abuarquob	16
 5. Saudi-Arabien nach dem Iran-Krieg: Das Ende strategischer Illusionen	
von Abdulaziz Alkhamiz	18
 6. Ägyptens wichtige Vermittlerrolle für die zukünftige Lösung des Nahost-Konfliktes	
von Anwar El Sadat	22



Ehud Olmert, ehemaliger Premierminister Israels und Kerstin Müller auf der Veranstaltung des Netzwerk Nahost am 10. November 2025 bei Jericho, palästinensische Gebiete

EINLEITUNG UND EINIGE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Der 7. Oktober war ein dramatischer Wendepunkt

Der Nahostkonflikt erscheint vielen als unendliche Geschichte aus immer neuen Krisen und Kriegen, die immer wieder neue Eskalationsstufen hervorbringt. Kaum jemand wagt noch an eine politische Lösung zu glauben. Der 7. Oktober 2023 war ein erneuter dramatischer Wendepunkt. Der mörderische Überfall der Hamas auf Israel war eine Zäsur nicht nur für Israel, sondern auch für Juden weltweit. Israel nahm sein Recht auf Selbstverteidigung wahr und antwortete mit einer Gegenoffensive gegen die Hamas mit dem erklärten Ziel, die Terrororganisation und ihre militärische Infrastruktur zu zerstören. Der Krieg dauerte zwei Jahre an, bis endlich auf Vermittlung der Trump-Administration die Freilassung der verbliebenen Geiseln und ein Waffenstillstand vereinbart werden konnten. Da die Hamas ihre Kämpfer und militärischen Einrichtungen in einem weit verzweigten Tunnelsystem und zivilen Einrichtungen wie Krankenhäusern, Schulen und Wohnvierteln versteckt hatte, kostete der Krieg Tausende von Zivilisten das Leben und zerstörte die Infrastruktur Gazas fast vollständig.

Israels Krieg gegen die Hamas und die dadurch ausgelöste humanitäre Krise in Gaza führte weltweit nicht nur zu Solidaritätsaktionen mit den Palästinensern. Er löste einen Tsunami von Israelfeindschaft und kaum verhohlenem Antisemitismus aus, von dem Juden weltweit massiv betroffen sind. Der erneut entbrannte Konflikt führte auch zum militärischen Schlagabtausch mit dem Iran und zu einer erneuten Eskalation der Kämpfe zwischen der Hisbollah und Israel. Auch den Iran-Krieg im Frühjahr 2026 kann man als eine Fernwirkung des 7. Oktober interpretieren. Dies zeigt, wie sehr der israelisch-palästinensische Konflikt mit den großen Konfliktlinien der Region verknüpft ist. Auch deshalb ist seine Lösung ohne Einbindung der regionalen Akteure kaum möglich.

Netzwerk Nahost: Wege aus der Gewaltspirale

Trotz dieser scheinbar aussichtslosen Lage fanden sich auf Einladung des Zentrum Liberale Moderne von Juni 2024 bis November 2025 21 Akteure aus der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaft zu einem „Netzwerk Nahost“ zusammen, um gemeinsam über Auswege aus der Eskalationsspirale zu diskutieren. Unterstützt wurden sie von Experten aus Saudi-Arabien und Ägypten sowie deutscher Think Tanks. Von allen Beteiligten wurden die regionalen Akteure als ein Schlüssel für eine politische Lösung des Nahostkonfliktes gesehen. Der Angriff der Hamas vom 7. Oktober sollte auch ein Normalisierungsabkommen Saudi-Arabiens mit Israel torpedieren.

Abdulaziz Alkhamiz, saudischer Journalist, schreibt in seinem Artikel über die neue strategische Lage nach dem Iran Krieg, während Anwar El Sadat, Neffe des ermordeten ägyptischen Präsidenten, die wichtige Vermittlerrolle Ägyptens darlegt. Eine Besonderheit dieses Netzwerkes ist seine diverse Zusammensetzung. Zu den israelischen Mitgliedern zählten Vertreterinnen der Nationalreligiösen Bewegung und der Haredim, auf der palästinensischen Seite nahmen Akteure der demokratischen Opposition zur Fatah und Hamas teil. Tzipi Diskind legt in ihrem Artikel dar, inwiefern auch Religion ein Anknüpfungspunkt für eine Verständigung statt eine Quelle der Feindschaft sein kann. Die Palästinenserin Huda Abuarqoub begründet, dass Frauen für einen nachhaltigen Friedensprozess unverzichtbar sind.

In fünf Dialogrunden sowie zahlreichen Sitzungen der Arbeitsgruppen wurden Nachkriegsszenarien für Gaza, Reformen der palästinensischen Autonomiebehörde und Fragen der humanitären Versorgung und des Wiederaufbaus diskutiert. Eine möglichst von der UN mandatierte, robuste internationale Schutztruppe wurde von allen Beteiligten als notwendig erachtet - nicht nur aufgrund der berechtigten israelischen Sicherheitsinteressen, sondern auch um Sicherheit für die Palästinenser zu schaffen.

Zwei-Staaten-Lösung neu denken

Eine nachhaltige Perspektive für die Menschen im Gaza-Streifen wird es nur geben, wenn aus einer Befriedung von Gaza eine Regelung des israelisch-palästinensischen Konfliktes entwickelt werden kann. Die vorliegenden Modelle für eine politische Lösung - vom historischen Oslo-Abkommen über die saudisch-arabische Friedensinitiative von 2002, den „Clinton-Parametern“ bis zu neueren Konzepten wie der „Holy Land Konföderation“ und „Ein Land für alle“ wurden intensiv und streckenweise auch kontrovers diskutiert. Yossi Beilin, einer der Initiatoren der Oslovereinbarungen, gibt in seinem Text einen Rückblick auf diese historischen Prozesse und einen Ausblick auf neue zukünftige Lösungsansätze.

Inwieweit die alten Modelle einer Zwei-Staaten-Lösung noch tragfähige Angebote an Israelis wie Palästinenser sein können und welche Chancen auf Realisierung sie haben, blieb in den Diskussionsrunden des Netzwerkes kontrovers. Klar ist, dass in beiden Gesellschaften die Idee einer Zwei-Staaten-Lösung erodiert ist. Die Mehrheit der Palästinenser strebt zwar in allen Umfragen weiter einen eigenen Staat an. Allerdings sind auch hier die islamistischen Kräfte, wie die Hamas, erstarkt, die keinen Kompromiss mit der israelischen Seite wollen oder sogar Israels Vernichtung anstreben. Auch auf der israelischen Seite gibt es seit einiger Zeit keine Mehrheit mehr für eine Zwei-Staaten-Lösung. Zu groß ist der Vertrauensverlust auf beiden Seiten, erst recht nach dem 7. Oktober 2023. Aufgrund der mangelnden politischen Perspektive werden auch auf der israelischen Seite extremistische Kräfte, die eine Annexion des West-Jordanlandes oder gar die Wiederbesiedelung von Gaza fordern, immer stärker.

Entfeindung und Deradikalisierung

Um in beiden Gesellschaften wieder den Boden für eine friedliche Koexistenz zu bereiten, sind nicht nur neue Konzepte erforderlich. Es muss vor allem wieder systematisch Vertrauen aufgebaut werden. Initiativen, die sich für eine Entfeindung zwischen Israelis und Palästinensern einsetzen, spielen eine wichtige Rolle für eine Deradikalisierung des Konflikts. Sie ist Voraussetzung für jeden konstruktiven politischen Prozess. Das „Netzwerk Nahost“ ist ein wichtiger Beitrag zu einer solchen Deradikalisierung und Entfeindung. Besonders bemerkenswert ist in dieser Hinsicht der gemeinsame Artikel von Eli Bar-On und Samer Sinijlawi. Sie argumentieren, dass der zentrale Konflikt nicht der zwischen Israelis und Palästinensern ist, sondern der zwischen den „Extremisten und den Moderaten“ auf beiden Seiten. Die Extremisten zerstörten systematisch jeden Ansatz friedlicher Koexistenz und Verständigung. Sie plädieren daher dafür, die gemäßigte politische Mitte auf beiden Seiten zu stärken, die dem Extremismus entgegentritt und eine tragfähige, gemeinsame politische Zukunft ermöglicht.

Vor Ort hat das Netzwerk mit verschiedenen Veranstaltungen den Dialog zwischen Palästinensern und Israelis begonnen. Dass es einen Bedarf für solche Angebote gibt, zeigen die beiden erfolgreichen Abschlussveranstaltungen des Netzwerkes im November 2025 in den palästinensischen Gebieten (Jericho) und an der Universität Tel Aviv, die unmittelbar nach dem Waffenstillstand stattfanden. Es kamen über hundert Israelis und Palästinenser zusammen, um über friedliche Perspektiven nach dem Ende des Gazakrieges zu diskutieren.

Empfehlungen aus dem Netzwerk Nahost

Sollte es gelingen, den noch fragilen Waffenstillstand zu stabilisieren und einen neuen politischen Prozess für eine Regelung des Konfliktes zu starten, empfiehlt das „Netzwerk Nahost“ folgende Bedingungen zu berücksichtigen:

1. Die regionalen Akteure, wie die Abraham-Vertragsstaaten, aber auch Saudi-Arabien, Jordanien und Ägypten, die eine friedliche Regelung des Nahostkonfliktes anstreben, sollten in künftige Verhandlungsprozesse von vornherein integriert werden.
2. Die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts sollte mit einem regionalen Prozess für Sicherheit und Zusammenarbeit verknüpft werden. Damit kann auch der Rückhalt für eine friedliche Koexistenz sowohl in der israelischen wie in der palästinensischen Gesellschaft gestärkt werden.
3. Der Erfolg eines Nachkriegsszenario für Gaza und die West-Bank ist nur gewährleistet, wenn auch die Palästinenser die Möglichkeit haben, ihre eigene politische Führung zu wählen. Die Wahlen sind dabei unter bestimmte Bedingungen zu stellen, wie etwa einen Gewaltverzicht aller antretenden Parteien und Personen. Vor allem muss die Hamas entwaffnet werden.
4. Parallel zu einem solchen politischen Neubeginn muss die humanitäre Versorgung in Gaza gewährleistet werden und der Wiederaufbau mit internationaler Hilfe beginnen. Eine möglichst von der UN mandatierte internationale Schutztruppe ist erforderlich, damit die israelische Armee sich schrittweise zurückziehen kann und auch die Palästinenser geschützt werden können.
5. Neue Modelle für eine modifizierte Zwei-Staaten-Regelung sind offen zu diskutieren. Sie werden nur tragen, wenn sie breit in den Gesellschaften diskutiert werden. Deshalb sollten auf beiden Seiten die diversen gesellschaftlichen Gruppierungen eingebunden werden: in Israel etwa die Haredim sowie auf der palästinensischen Seite die demokratische Opposition zur Fatah und Hamas.
6. Der direkte Dialog zwischen der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaft ist eine sine qua non für jeden Erfolg künftiger Friedensprozesse. Um eine beidseitige Entfeindung und Deradikalisierung zu erreichen, muss systematisch und schrittweise Vertrauen von unten aufgebaut werden. Dazu gehört auch die Stärkung der politischen Mitte in beiden Gesellschaften, die den Extremisten entgegentritt und tragfähige Mehrheiten für eine Verständigung bilden kann.

Kerstin Müller und Ralf Fücks, 17. Mai 2026



Kerstin Müller ist seit 2024 Senior Fellow beim *LibMod* sowie seit 2019 Senior Associate Fellow bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) mit Schwerpunkt auf dem israelisch-palästinensischen Konflikt und Nahem Osten. Sie ist Mitglied des deutschen Beirats von *ELNET*, dem *European Leadership Network*. Von 2013 bis 2018 leitete sie als Direktorin das Israel-Büro der *Heinrich-Böll-Stiftung* in Tel Aviv. Zuvor war sie 19 Jahre lang bis 2013, Abgeordnete des Deutschen Bundestages für *Bündnis 90/Die Grünen*, u. a. als Vorsitzende der Bundestagsfraktion und außenpolitische Sprecherin mit dem Schwerpunkt Naher Osten und deutsch-israelische Beziehungen. Von 2002 bis 2005 war sie Staatsministerin im Auswärtigen Amt. Kerstin Müller ist Volljuristin und studierte Rechtswissenschaften in Köln und in Frankreich.



Ralf Fücks ist geschäftsführender Gesellschafter des *Zentrums Liberale Moderne (LibMod)* und wirkte zuvor 21 Jahre als Vorstand der *Heinrich-Böll-Stiftung*, der politischen Stiftung der Grünen. Davor war er Co-Vorsitzender der Grünen (1989/90) und Senator für Umwelt und Stadtentwicklung in Bremen.



An der Veranstaltung des Netzwerks Nahost am 10.11.2025 bei Jericho nahmen über hundert Palästinenser und Israelis teil. Hier der Hauptgast Ehud Olmert, ehemaliger Premierminister Israels, mit Kerstin Müller und Samer Sinijlawi.

„Was jetzt gebraucht wird, ist der bewusste Wiederaufbau einer ernsthaften, gemäßigten Mitte, sowohl auf israelischer als auch auf palästinensischer Seite, die in der Lage ist, nicht nur zu artikulieren, was sie ablehnt, sondern auch, welche politische Ordnung sie aufzubauen bereit ist.“

Eli Bar-On und Samer Sinijlawi (siehe Beitrag S. 8)



Foto: Tobias Kunz

Samer Sinijlawi (links) und Eli Bar-On (sprechend) beim Treffen des Netzwerks im September 2025 in Berlin

DER EIGENTLICHE KONFLIKT IST DER ZWISCHEN EXTREMISTEN UND MODERATEN

Entscheidend für den israelisch-palästinensischen Konflikt ist heute nicht einfach der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern, sondern der zwischen Extremisten und Moderaten innerhalb beider Gesellschaften, argumentieren **Samer Sinijlawi**, palästinensischer Aktivist und **Eli Bar-On**, CEO der israelischen NGO Mena 2050. Beide warnen gemeinsam davor, dass die Extremisten auf beiden Seiten derzeit die politische Realität prägen und pragmatische Stimmen zum Schweigen bringen und so einen Kreislauf aus Angst und endlosem Konflikt schüren. Sie fordern eine starke gemäßigte Mitte auf beiden Seiten, die dem Extremismus entgegentritt und eine tragfähige, gemeinsame politische Zukunft ermöglicht.

Extremisten auf beiden Seiten dominieren

Ein zentraler Analysefehler prägt hartnäckig das Verständnis vieler Menschen weltweit im Hinblick auf die aktuelle Lage in Nahost: Allzu oft wird der israelisch-palästinensische Konflikt so beschrieben, als handele es sich dabei ausschließlich um einen Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern. Das greift zu kurz, denn es lässt den tieferen politischen Kampf außer Acht, der derzeit das Schicksal beider Gesellschaften bestimmt: Der folgenreiche Konflikt, den wir heute sehen, findet zwischen Extremisten und moderaten Kräften statt, sowohl innerhalb der einzelnen Lager als auch zwischen ihnen. Derzeit haben die Extremisten auf beiden Seiten dabei die Oberhand.

Und das nicht nur militärisch, sondern auch in anderer Hinsicht und die ist auf lange Sicht noch folgenreicher: Sie haben die Definitionshoheit über die politische Realität. Die Extremisten dominieren die Sprache des öffentlichen Lebens, prägen die Ängste beider Völker und schränken den Spielraum dessen ein, was gesagt, gedacht oder unternommen werden darf. Sowohl in der israelischen als auch in der palästinensischen Gesellschaft sehen sich Gemäßigte zunehmend politisch an den Rand gedrängt, moralisch eingeschüchtert und institutionell geschwächt. Dieser Zustand ist nicht tragbar. Er ist auch nicht unvermeidlich.

Ein endloser Krieg ist keine Strategie

Wir schreiben dies gemeinsam, ein Palästinenser und ein Israeli, nicht weil wir die Tiefe des Konflikts zwischen unseren beiden Völkern unterschätzen, sondern weil wir glauben, dass ein ebenso wichtiger Konflikt ignoriert wird: Auf beiden Seiten gibt es nach wie vor Einzelpersonen und Wählergruppen, die verstehen, dass endloser Krieg keine Strategie ist, dass Maximalismus keine Politik ist und dass Extremismus, wenn er unangefochten bleibt, alles verschlingen wird, was von unserer gemeinsamen Zukunft noch übrig ist.

Unter den Palästinensern gibt es viele, die verstehen, dass die Hamas die nationale Sache nicht vorangebracht, sondern vielmehr dazu beigetragen hat, die Katastrophe zu verfestigen, die interne Zersplitterung zu vertiefen und das palästinensische politische Leben einer Logik permanenter Militarisierung zu unterwerfen.

Unter den Israelis gibt es viele, die erkennen, dass unrealistischer Nationalismus, Gewalt gegen wehrlose Gemeinschaften und die Normalisierung fortwährender Herrschaft die moralischen und institutionellen Grundlagen der israelischen Gesellschaft untergraben und gleichzeitig jede realistische Perspektive auf Stabilität zunichtemachen.

1947

UN-Teilungsplan
durch arab. Staaten abgelehnt



- jüdischer Staat
- arabischer Staat
- internationaler Status

1949

Israel nach dem
Unabhängigkeitskrieg



1967

Israel nach dem Sechstagekrieg



- von Israel besetzt

Heute



- israelische Zivilverwaltung
- palästinensische Zivilverwaltung
- palästinensisches Autonomiegebiet

Asymmetrien zu benennen ist ebenso wichtig wie Selbstreflexion

Diese Wahrheiten sind nicht symmetrisch in Bezug auf Macht, Rechtsstatus oder historische Verantwortung. Diese Asymmetrie des Konfliktes ist von Bedeutung, und jede ernsthafte Analyse muss von ihr ausgehen. Das Bewusstsein für diese Asymmetrien bedeutet jedoch nicht, dass Selbstreflexion außen vorgelassen werden darf. Sie entbindet keine der beiden Gesellschaften davon, sich mit den eigenen politischen Versäumnissen auseinanderzusetzen, die diesen Konflikt unlösbarer gemacht und zur Entmenschlichung beigetragen haben.

Tatsächlich ist eine der prägenden Pathologien dieser Zeit, dass beide Konfliktparteien zunehmend das Schlimmste der jeweils anderen Seite heraufbeschwören, und zugleich die positiven und konstruktiven Ansätze im eigenen Lager zum Schweigen bringen. Extremisten nähren sich gegenseitig. Sie nutzen die Gewalt, die Rhetorik und den Absolutismus der anderen Seite sowohl als Rechtfertigung als auch als politischen Treibstoff. Eine fatale Dynamik. Das Ergebnis ist ein sich gegenseitig verstärkendes System aus Angst, Groll und moralischer Vereinfachung, in dem Mäßigung als Schwäche und Selbstkritik als Verrat angesehen werden. Nirgendwo ist der Preis dafür sichtbarer als in Gaza.

Gaza: Kondensat des Konflikts

Für die Palästinenser ist Gaza zum konzentriertesten Ausdruck von Verlassenheit, Verwüstung und historischer Verzweiflung geworden. Für die Israelis ist es untrennbar mit Trauma, Unsicherheit und dem Zusammenbruch des

Vertrauens verbunden. Doch soll Gaza eine Zukunft jenseits von Trümmern, Abhängigkeit und wiederkehrenden Kriegen haben, dann müssen zwei Thesen gleichzeitig akzeptiert werden:

Die erste lautet, dass Gaza nicht auf unbestimmte Zeit unter israelischer Militärpräsenz bleiben kann. Keine ernsthafte Vision von politischer Stabilität, Legitimität oder regionaler Normalisierung kann auf der unbefristeten Einsperrung von mehr als zwei Millionen Palästinensern auf der Hälfte der Fläche des winzigen Gazastreifens aufgebaut werden.

Die zweite ist, dass Gaza nicht unter einer permanenten Logik von Milizen, konkurrierenden bewaffneten Autoritäten und einer nicht rechenschaftspflichtigen Zwangsgewalt wiederaufgebaut werden kann. Wo es kein Gewaltmonopol, keine legitime Regierungsautorität und keinen glaubwürdigen institutionellen Rahmen für ziviles Leben gibt, kann keine sinnvolle Gesundung stattfinden.

Dies sind keine widersprüchlichen Positionen. Sie bedingen sich gegenseitig. Wenn sich Gaza erholen soll, muss es den Übergang zu einer legitimen palästinensischen Regierungsführung, einer rechenschaftspflichtigen zivilen Autorität und einem einheitlichen Rechts- und Sicherheitsrahmen vollziehen. Der Wiederaufbau kann nicht bloß als technische Übung in Hilfslieferungen und Infrastrukturreparaturen verstanden werden. Er ist untrennbar mit der politischen Architektur verbunden, unter der die Palästinenser leben werden, und mit der Sicherheitsarchitektur, anhand derer die Israelis beurteilen werden, ob Sicherheit von Dauer sein kann.



Der Palästinenser **Samer Abdelrazzak Sinjilawi** wurde während der 1. Intifada im Alter von 14 Jahren für fünf Jahre verhaftet. Im Gefängnis lernte er die israelische Sicht auf den Konflikt kennen. Mitglied der palästinensischen Fatah-Partei steht er in Opposition zu Parteiführer Mahmoud Abbas. Vorsitzender des *Jerusalem Development Fund* sowie politischer Aktivist mit Schwerpunkt auf Reformen der Regierungsführung und regionale Stabilität. Leidenschaftlicher Verfechter des von Ehud Olmert (israelischer Premierminister a. D.) und Nasser Al-Kidwa (palästinensischer Außenminister a. D.) initiierten Friedensvorschlags. Dieser beinhaltet eine gemeinsame Vision für einen Übergang zu einer friedlichen Koexistenz zweier Staaten. Samer Abdelrazzak Sinjilawi lebt in Jerusalem.



Der Israeli **Eli Bar-On** ist Mitbegründer und Geschäftsführer von *MENA2050*, einer Nichtregierungs-Organisation, die sich für regionale Zusammenarbeit und Integration im Nahen Osten und in Nordafrika einsetzt. Er bekleidete verschiedene juristische Führungspositionen innerhalb der israelischen Regierung und war Professor am *Israel National Defense College* mit den Schwerpunkten nationale Sicherheit, Strategie und internationale Beziehungen. Eli Bar-On hat weltweit Fachvorträge vor hochrangigen Delegationen gehalten, leitete strategische internationale Dialoge und hielt Vorlesungen an renommierten akademischen Einrichtungen auf der ganzen Welt.

An dieser Stelle wird die internationale Debatte oft ausweichend. Zu viele externe Akteure bevorzugen vage Formulierungen, die niemanden verärgern und präzise genug sind, um niemanden zu verpflichten. Doch Zweideutigkeit ist keine Tugend mehr. Ein Gaza nach dem Krieg, das weder besetzt noch durch Fraktionsherrschaft militarisiert ist, ist kein erstrebenswertes Ideal; es ist die Mindestvoraussetzung, um einen weiteren Zusammenbruch zu vermeiden.

Die Rolle politisierter Religion

Die gleiche Klarheit ist auch anderswo erforderlich. Auch die Religion wurde durch politischen Extremismus auf beiden Seiten verzerrt. In der palästinensischen Gesellschaft haben gewalttätige islamistische Strömungen den ethischen Kern des Islam ausgehöhlt. Sie haben einen Glauben, der in Barmherzigkeit, Gerechtigkeit und moralischer Verantwortung verwurzelt ist, in eine Sprache des Todes, des Absolutismus und der Opferpolitik umgedeutet; dabei werden oft religiöse Narrative mobilisiert, um Gewalt zu rechtfertigen und den Konflikt aufrecht zu erhalten. Auch in Israel werden Strömungen des religiösen Nationalismus zunehmend mobilisiert, um den Einsatz von Gewalt zu legitimieren und die Achtung vor dem Leiden anderer zu schmälern.

Wenn der Religion die Barmherzigkeit abhanden kommt, hört sie auf, Glaube zu sein, und wird zu einem Instrument der Macht. In beiden Gesellschaften haben einige der destruktivsten politischen Akteure versucht, theologisches Vokabular in eine Legitimationsstruktur für Grausamkeit umzuwandeln.

Doch das vielleicht bedeutendste Versagen dieser Zeit ist nicht nur, dass Extremisten stärker geworden sind. Es ist, dass Gemäßigte sich allzu oft in Vorsicht, private Verzweiflung oder strategisches Schweigen zurückgezogen haben.

Das Schweigen der moderaten Zuschauer

Zu viele Palästinenser wissen, dass innerer Autoritarismus, Zersplitterung in Fraktionen und die Verherrlichung des bewaffneten Absolutismus ihrer eigenen Gesellschaft einen verheerenden Preis abverlangt haben. Dennoch fühlen sie sich unfähig oder unwillig, sich öffentlich zu äußern. Zu viele Israelis verstehen, dass die Besatzung, die Gewalt gegen hilflose Menschen und die Vereinnahmung staatlicher Institutionen durch extremistische Kräfte ihr Land in moralischen und demokratischen Verfall treiben, sie zögern jedoch, sich in das politische Leben auf der Grundlage dieser Erkenntnis einzumischen. Dieses Schweigen ist nicht neutral. Es ist zu einer der Voraussetzungen für den Zusammenbruch geworden.

Was es jetzt braucht

Was jetzt gebraucht wird, ist kein weiterer Wettstreit um rhetorische Reinheit. Es ist keine weitere Politik der performativen Empörung. Was gebraucht wird, ist der bewusste Wiederaufbau einer ernsthaften, gemäßigten Mitte, sowohl auf israelischer als auch auf palästinensischer Seite. Einer Mitte, die in der Lage ist, nicht nur zu artikulieren, was sie ablehnt, sondern auch, welche politische Ordnung sie aufzubauen bereit ist.

Dieser Kern muss von mehreren elementaren Wahrheiten ausgehen: Besatzung kann nicht die Grundlage für Sicherheit sein; bewaffnete Fraktionsherrschaft kann nicht die Basis für den palästinensischen nationalen Wiederaufbau sein; jüdische supremistische Gewalt und palästinensischer bewaffneter Nihilismus sind beides Feinde einer lebenswerten Zukunft. Aber Sicherheit, Würde und Legitimität können nicht auf unbestimmte Zeit in eine Reihenfolge gebracht werden, als müsse ein Volk darauf warten, dass die Menschlichkeit des anderen wiederhergestellt wird, bevor die eigene zählt.

Nichts davon ist naiv. Im Gegenteil, es ist die einzige Form von Realismus, die noch verfügbar ist. Die wahre Illusion ist der Glaube, dass der derzeitige Kurs der kontrollierten Eskalation, der permanenten militärischen Kontrolle, der wiederkehrenden Verwüstung und der zusammenbrechenden Legitimität irgendwie entweder Sicherheit oder Frieden schaffen wird. Er wird weder das eine noch das andere hervorbringen. Es wird nur zu einer anderen Form von Ruin führen.

Eine gemäßigte Mitte, die nach einer realistischen und tragfähigen Lösung strebt

Die Frage ist also nicht mehr, ob Extremisten gefährlich sind. Das ist bereits offensichtlich. Die Frage ist, ob die moderaten Kräfte auf beiden Seiten in der Lage sind, politischen Einfluss zu gewinnen, bevor sich die Kräfte des Absolutismus und der Entmenslichung zur unveränderlichen Struktur dieses Konflikts eingegraben haben.

Die Zukunft wird nicht von jenen gerettet werden, die besonders darin geübt sind, sich zu empören. Sie wird – wenn überhaupt – von jenen gerettet werden, die bereit sind, Legitimität, moralische Ernsthaftigkeit, institutionelle Zurückhaltung und politischen Mut wiederaufzubauen. Es ist genau das Bündnis, das es in diesem Moment braucht. Und es ist längst überfällig. ■

VON OSLO ZU EINER „KONFÖDERATION DES HEILIGEN LANDES“

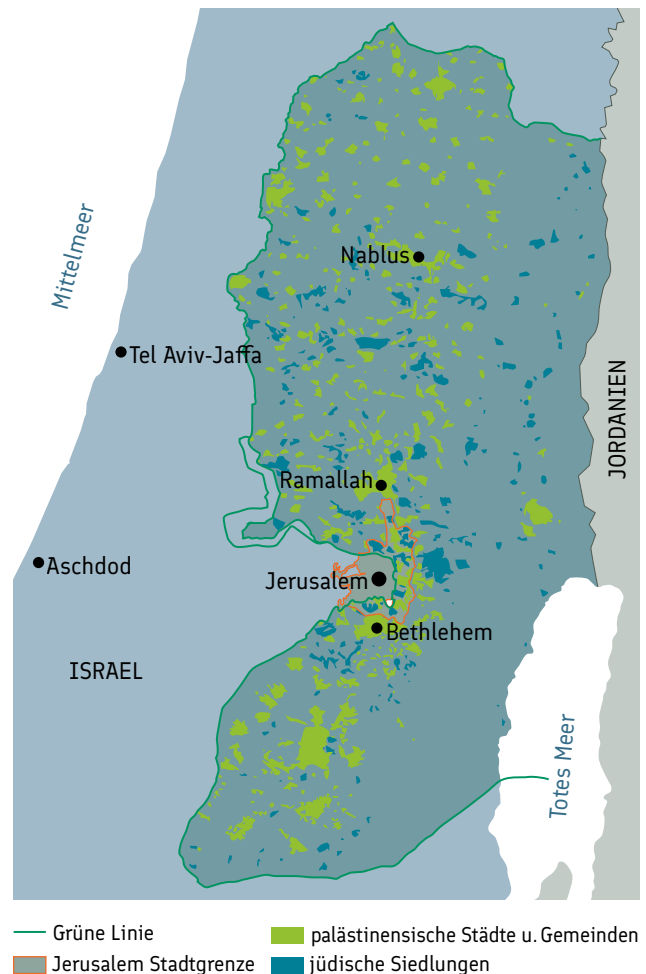
Yossi Beilin schildert, wie die Osloer Abkommen einst als geheime Initiative zur Herbeiführung des Friedens begannen, aber letztendlich aufgrund zu vorsichtiger Entscheidungen der Führung, wachsenden Misstrauens und eskalierender Gewalt ins Stocken gerieten. Er argumentiert, dass das Versäumnis, über ein Interimsabkommen hinauszugehen, die Spaltung zementierte, was durch die Ausweitung der Siedlungen und den Konflikt noch verschlimmert wurde. Beilin schlägt einen dritten Weg vor – eine von der Europäischen Union inspirierte „Konföderation des Heiligen Landes“. Diese soll als Faciliator wirken, um am Ende eine Zweistaatenlösung zu erreichen, wobei die Konfliktparteien entscheiden in welchen endgültigen Grenzen.

Die Osloer Verträge (1993) waren ein Interimsabkommen. Es war das erste Abkommen überhaupt zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Zu diesem Zeitpunkt wurde vereinbart, dass Verhandlungen zwischen Israel und der PLO stattfinden sollten; die Parteien vereinbarten, parallel zum schrittweisen Rückzug Israels aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen einen Friedensvertrag auszuhandeln. Die Frist für den Abschluss der Gespräche war der 4. Mai 1999.

Die ursprüngliche Idee ...

Nach den israelischen Wahlen 1992 und dem Sieg der von Rabin geführten Arbeitspartei wurde ich zum Stellvertreter des Außenministers Shimon Peres ernannt, und ich begann den geheimen Prozess, ohne meine Vorgesetzten darüber zu informieren – aus Angst, dass ich für einen solchen Schritt kein grünes Licht erhalten würde. Mein Ziel war es, geheime Verhandlungen zu führen. Zentraler Punkt war die Lösung jener Streitfragen, die bei den erfolglosen Verhandlungen zwischen Israel und einer auf der Madrider Konferenz (1991) eingesetzten gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation aufgetaucht waren. Diese hatten sehr schnell dazu geführt, dass der Prozess in eine Sackgasse geraten war.

Etwa einen Monat nach Beginn der geheimen Gespräche in Norwegen, nachdem wir uns auf ein gemeinsames Grundsatzdokument geeinigt hatten, erhielt ich vom Premierminister und vom Außenminister die Zustimmung, den Prozess fortzusetzen und ihn sogar auszuweiten. Zu diesem Zeitpunkt kam ich zu dem Schluss, dass wir es mit einem pragmatischen Partner zu tun hatten, der an



Quelle: Peace Now, Mai 2025

einer Lösung interessiert war. Ich hielt es für unnötig, zusätzliche Anstrengungen zu investieren, nur um ein Interimsabkommen zu erzielen. Ich besprach dies mit dem Premierminister und schlug vor, sofort zu Verhandlungen über eine dauerhafte Lösung überzugehen. Er befürchtete jedoch das Scheitern eines solchen Schrittes und zog es vor, dass wir uns an das Verfahren hielten, das zwei Jahre zuvor im Einladungsdokument zur Madrider Konferenz dargelegt worden war. Leider hat diese auf vorsichtiges Handeln bedachte Entscheidung von ihm den Gegnern der Vereinbarung auf beiden Seiten Tür und Tor geöffnet, um das Abkommen zu torpedieren. Das Interimsabkommen führte somit letztendlich nicht zu einer dauerhaften Einigung und der unvollendete Oslo-Prozess wurde zu einem dauerhaften Denkmal seiner selbst.



Dr. Yossi Beilin war von 1988 bis 2008 Mitglied der Knesset und hielt dort verschiedene Ministerämter inne – darunter das des stellvertretenden Außenministers, des stellvertretenden Finanzministers sowie des Justizministers. Yossi Beilin initiierte den Osloer Friedensprozess und das informelle Genfer Friedensabkommen und ist heute Vorsitzender der *Genfer Initiative*. Gemeinsam mit der erfahrenen Friedensverhandlerin Hiba Husseini entwickelte er von 2020 bis 2022 das Konzept der *Holy Land Confederation* als Fazilitator für die Zwei-Staaten-Lösung, einen inoffiziellen Entwurf für ein Abkommen über den endgültigen Status zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Dr. Beilin ist Gründer und Präsident von *Beilink Business Foreign Affairs* – einer 2008 gegründeten globalen Beratungsfirma.

... endet in einer Sackgasse

Die Feindseligkeiten zwischen den Seiten nahmen zu. Viele Palästinenser glaubten, dass Israel gar keine dauerhafte Einigung anstrebe und es vorziehe, eine für sich günstige Übergangsregelung aufrechtzuerhalten. Viele Israelis hatten das Gefühl, dass die Palästinenser keine ernsthafte Absicht hatten, eine dauerhafte Lösung zu finden, und das Abkommen nutzten, um Kräfte für Terrorakte gegen Israel aufzubauen. Die zweite Intifada verstärkte die Feindseligkeiten, während das Massaker vom 7. Oktober (wenn auch von der Hamas verübt) und Israels Reaktion darauf die Völker voneinander entfremdeten.

Massiver Ausbau der Siedlungen

Gab es 1993 noch knapp 100.000 Siedler in den besetzten Gebieten, so sprechen wir heute von mehr als einer halben Million Siedlern, wobei diejenigen, die in Ostjerusalem leben, dabei noch nicht mitgezählt sind. Selbst wenn im Rahmen eines Landtauschs etwa 300.000 Siedler auf die israelische Seite umgesiedelt werden könnten, müsste dennoch das Problem der Hunderttausenden gelöst werden, die auf der palästinensischen Seite der künftigen Grenze leben werden, denn es ist kein künftiger israelischer Ministerpräsident in Sicht, der so viele Menschen evakuieren würde.

Die Herausforderung angehen

Eine palästinensische Gruppe unter der Leitung der Rechtsanwältin Hiba Husseini und eine israelische Gruppe unter meiner Leitung schlagen ein dauerhaftes Abkommen vor, das eine Zwei-Staaten-Lösung beinhalten würde, ohne dass jemand von irgendeiner Seite umgesiedelt werden müsste. (Siehe: [ECF – Economic Cooperation Foundation: Die Holy Land Confederation als Vermittler für die Zwei-Staaten-Lösung – Englisch – 2. Auflage \(2025\)](#))

Unser Vorbild ist die Europäische Union, und ähnlich wie dort möchten wir eine Struktur schaffen, die mit einer anfänglichen Zusammenarbeit beginnt und sich im Laufe der Jahre zu einer viel engeren Kooperation ausweitet, ohne die Unabhängigkeit und Souveränität eines der beiden

Staaten zu beeinträchtigen. Später soll auch anderen Ländern wie Jordanien oder dem Libanon angeboten werden, der von uns vorgeschlagenen Konföderation beizutreten.

Die Europäische Union als Beispiel

Israelische Bürger, die sich nach der Festlegung der Friedensgrenze im palästinensischen Staat befinden, können natürlich auf die israelische Seite der Grenze ziehen und eine Entschädigung erhalten, die es ihnen ermöglicht, dort ein Haus zu bauen. Diejenigen jedoch, die in Palästina bleiben wollen, können dies tun, während sie ihre israelische Staatsbürgerschaft behalten und zudem eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung im palästinensischen Staat erhalten – unter der Voraussetzung, dass sie dessen Autorität anerkennen und dessen Gesetze respektieren. Gleichzeitig können palästinensische Bürger, die dies wünschen, unter denselben Bedingungen nach Israel ziehen.

Diese Lösung betrifft nicht die palästinensischen Flüchtlinge von 1948, und wir schlagen für sie eine andere Lösung vor, im Sinne der Parameter von Präsident Bill Clinton (2000) und der Genfer Initiative (2003).

Gleichzeitig schlagen wir eine lange Liste gemeinsamer Institutionen vor, die zusammenarbeiten werden – ohne Vollzugsbefugnisse – und den großen Vorteil der guten Nachbarschaft zwischen den beiden Ländern nutzen werden.

Die Grenze zwischen den beiden Staaten wird keine Betonmauer sein, sondern vielmehr eine notwendige Markierung unterschiedlicher Souveränitäten. Wir hoffen, dass die von uns vorgeschlagene Lösung nicht nur eine konkrete Lösung für die Frage der Siedler darstellt, sondern zudem den Grundstein legen wird für intensive zukünftige Kooperationen und produktive Zusammenarbeit zwischen Palästina und Israel. ■



Tzipi Diskind (links) und Kerstin Müller beim Treffen des Netzwerkes im September 2025 in Berlin

DIE EIGENE GESCHICHTE MACHT GRUND ZUR HOFFNUNG

*Ausgerechnet ihre eigene, persönliche Geschichte macht Hoffnung: Die Israelin **Tzipi Diskind** ist gebürtige Jerusalemerin und gehört den ultra-religiösen Haredim an. Ihre Glaubensgemeinschaft, meint die vierfache Mutter, könne im Konflikt mit den Palästinensern eine besondere Vermittlungsrolle spielen. Denn es verbinde sie vieles gerade mit den religiösen Muslimen. Damit Dialog zwischen Israelis und Palästinensern gelingen könne, brauche es vor allem Vertrauen und Empathie für die Geschichte der anderen. Daran glaubt sie, der schwierigen politischen Situation zum Trotz.*

Es war das Jahr 1934 und mein Urgroßvater befand sich wieder einmal auf einer Geschäftsreise in Kairo. Er reiste als Vertreter eines internationalen Unternehmens auf der Strecke Damaskus-Alexandria. Dieses Mal hatte er etwas Wichtiges im Gepäck: Das Bild einer jungen Frau aus Tel Aviv, die sehr daran interessiert schien, ihn zu heiraten. Er war viele Jahre älter als sie, sie war äußerst attraktiv: gutaussehend, hochintelligent, polyglott, eine hervorragende Bäckerin und Köchin. Aus irgendeinem Grund war er sich noch nicht sicher. Als er mit seinen Freunden aus Kairo zusammensaß, erwähnte er beiläufig diese Frau und zeigte ihnen ihr Bild.

Die Geschichte des Großvaters

„Bist du verrückt?“, lautete die Antwort. „Wie kannst du auch nur zweimal darüber nachdenken? Heirate sie!“ Der Rest ist Geschichte. Und so sind die arabischen Freunde meines Urgroßvaters aus Ägypten einer der Gründe, warum es mich gibt.

Diese Anekdote hat zahlreiche Facetten, die für uns heute relevant sind, aber die erste Frage, die ich stellen möchte, ist die: Warum könnte das heute nicht so passieren? Oder zumindest, warum stehen die Chancen dafür heute so schlecht? Warum kann ein jüdischer Geschäftsmann aus Jerusalem heute nicht mit seinen palästinensischen Kollegen aus Ramallah über seine mögliche zukünftige Ehefrau sprechen?

Für mich lautet die erste Antwort, dass wir gelernt haben, einander anhand von Etiketten und Stempeln zu betrachten und einander in Schubladen zu stecken – oft gelenkt und allzu oft irreführt durch die Medien, die wir konsumieren. Nach so vielen Jahren der Feindseligkeit zwischen unseren Nationen haben wir aufgehört, einander als Individuen zu betrachten, als Menschen, als Personen mit einem Leben voller alltäglicher Details, als Charaktere mit Wünschen, Träumen und Hoffnungen. Wir haben aufgehört, zu versuchen zu verstehen, was die Motive für das Handeln der jeweils anderen Seite sind, oft haben wir nur Vermutungen darüber, die auf unseren früher getroffenen – falschen – Annahmen beruhen.



Die Israelin **Tzipi Diskind** ist gebürtige Jerusalemerin und gehört den ultra-religiösen Haredim an. Sie ist vierfache Mutter und arbeitet als Journalistin und ist außerdem Mitglied des Netzwerkes *Tema*, einer israelischen NGO, die einen Dialog über den israelisch-palästinensischen Konflikt zwischen den verschiedenen israelischen Communities initiiert hat. Tzipis Überzeugung nach kommt ihrer Glaubensgemeinschaft im Konflikt mit den Palästinensern eine besondere Vermittlungsrolle zu.

Haredim als Vermittler

Und das ist sehr bedauerlich. Um einen Freund von mir zu zitieren: Wir Haredim könnten eine Brücke zu unseren Nachbarn sein. Denn die Tatsache, dass wir religiös sind, ermöglicht es uns, die religiösen Gefühle unserer Nachbarn im Allgemeinen und die alltäglichen Praktiken, die sich aus der Religion ergeben, im Besonderen zu verstehen. Als Haredi-Frau, die sich sittsam kleidet und ihr Haar mit einem Kopftuch bedeckt und die ihre Kinder lehrt, ihr Leben nach den Wegen Gottes auszurichten, kann ich mich sehr gut mit einer muslimischen Frau identifizieren, die dasselbe tut. Ich unterbreche meinen Tag, um das Mincha-Gebet zu sprechen, genauso wie eine muslimische Frau eines ihrer Nachmittagsgebete spricht. Ich könnte noch viel mehr dazu sagen.

Aber wie oft denken wir so? Wie oft haben wir wirklich innegehalten, um über unsere Nachbarn nachzudenken und sie als Menschen zu sehen? Ich weiß genau, wie und warum wir so geworden sind, aber ich denke, dass wir das nur ändern können, wenn wir anfangen, einander kennenzulernen. Die einzigen Palästinenser, die wir kennen, sind die, die in Israel arbeiten. Also kennen wir sie vielleicht als Bauarbeiter oder Möbelpacker, aber wir wissen fast nie etwas über ihr Leben. Wer sind sie, warum leben sie hier, wie sieht ihr Leben aus?

Miteinander statt übereinander sprechen

Der einzige Weg, das zu durchbrechen, besteht darin, aufzuhören uns über die anderen zu informieren. Lassen Sie mich also mit mir selbst beginnen: Ich bin Mutter von vier Kindern und lebe in Jerusalem, wo meine Mutter und mein Großvater geboren wurden. Ich bin ausgebildete Software-Ingenieurin und schreibe über Wissenschaft, Technologie und Auslandsnachrichten für das Mishpacha Magazine, eine viel gelesene Zeitschrift für die jüdisch-orthodoxe Gemeinschaft auf der ganzen Welt. Ich betrachte es als großes Privileg, in der Stadt zu wohnen, in der auch meine Vorfahren gelebt haben. Meine jüngste Tochter geht in die Schule, die direkt gegenüber dem Haus liegt, in dem die Großeltern meines Großvaters gewohnt haben – ihre Wohnung ist immer noch dort. Als religiöse Frau fühle ich mich doppelt privilegiert, im Heiligen Land zu leben, denn viele der Mitzwot (hebräisch für Gebote) setzen voraus, dass wir in diesem Land leben. Es ist eine Mizwa der Tora, der fünf Bücher Mose, die uns den Namen „Volk des Buches“ gegeben hat, im Heiligen Land zu leben. Und es gibt eine Reihe von Mitzwot, die wir nur mit den Produkten oder auf den Feldern des Heiligen Landes erfüllen können. Es ist dieser Wunsch, Gottes Gebote zu erfüllen, der meine Vorfahren dazu gebracht hat, in dieses Land zurückzu-

kehren, und es ist der Grund, warum ich und viele tausend Menschen meiner Gemeinde hier leben – nicht aus politischen Gründen, sondern aus dem Wunsch heraus, das zu tun, was Gott uns aufgetragen hat.

Seite an Seite miteinander leben

Diese Weltanschauung veranlasste eine Delegation von Haredi-Rabbinern aus Jerusalem, am 24. Februar 1924 nach Jordanien zu reisen, um den Emir Abdallah, den späteren ersten König von Jordanien, und seinen Vater, den Sheriff Hussein Bin Ali, zu treffen. Sie wollten sicherstellen, dass die Araber wussten, dass es die Absicht unserer Gemeinschaft war, hier Seite an Seite mit den Arabern zu leben und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Hussein Bin Ali stimmte voll und ganz zu – aber die Geschichte nahm einen anderen Verlauf.

Eine Lösung mithilfe der Religion suchen

Die traurige Tatsache ist, dass die internationale Gemeinschaft, die sich mit der israelisch-palästinensischen Frage befasst, nichts von den oben genannten Fakten weiß und bis heute einen schweren Fehler begeht, indem sie keine Vertreter meiner Gemeinschaft in die internationalen Gespräche einbezieht. Erstens, weil man die Millionen Menschen im Heiligen Land und auf der ganzen Welt nicht ignorieren kann, all jene, die dieses Land als unverzichtbar für die reine Ausübung ihrer Religion betrachten. Zweitens, weil wir diese einzigartige Perspektive einbringen und die Dinge aus der religiösen Perspektive betrachten, um unabhängig von der Politik die beste Entscheidung in Hinblick auf die Rettung von Menschenleben zu treffen. Die endgültige Entscheidung über eine Zwei-Staaten-Lösung sollte immer unsere religiösen Führer mit einbeziehen. Ihr einziges Interesse ist es, Leben zu retten. Sollte eine Lösung, die sich als lebensrettend erweist, zu einer endgültigen Entscheidung führen – ist ihre Unterstützung garantiert.

Die Zeit ist gekommen, die Bemühungen aus dem Jahr 1924 wieder aufzunehmen – lassen wir Delegationen unserer religiösen Führer zusammenkommen. Treffen wir einander! Es ist an der Zeit, den Bann des Blutvergießens zu brechen und uns um eine gemeinsame Zukunft zu bemühen. Ich glaube, wir können es schaffen. Glauben Sie es auch? ■



Foto: The News 2 / Imago

Palästinensische Frauen

JENSEITS DER MACHT UND POLITISCHER FÜHRUNG: WARUM PALÄSTINENSISCHE FRAUEN FÜR EINEN DAUERHAFTEN FRIEDEN UNVERZICHTBAR SIND

Bisherige Friedensinitiativen waren männlich dominiert und wurden von externen und internen politischen Eliten ausgehandelt. Huda Abuarqoob argumentiert, warum es für einen nachhaltigen Frieden und für den Erfolg aktueller und künftiger Friedensinitiativen unverzichtbar ist, palästinensische Frauen an politischer Macht zu beteiligen und sie in Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen.

Externe, von politischen Eliten ausgehandelte Abkommen funktionieren nicht

Seit Jahrzehnten folgen Friedensinitiativen für Palästina einem bekannten Muster: Sie wurden von außerhalb konzipiert, von Eliten vorangetrieben und sind überwiegend männlich dominiert. Von Oslo bis zum jüngsten „Trump-Plan“ weisen diese Bemühungen einen entscheidenden Mangel auf, nicht nur inhaltlich, sondern auch strukturell: Sie schließen systematisch diejenigen aus, die die Möglichkeit eines Friedens konsequent aufrecht erhalten haben: Frauen.

Aus palästinensischer Sicht war der „Trump-Plan“ nie ein glaubwürdiger Ausgangspunkt. Ihm fehlte es an Legitimität, er hat zentrale palästinensische Rechte ausgeklammert und er entstand ohne eine sinnvolle palästinensische Beteiligung. Doch über diese politischen Mängel hinaus spiegelt er ein tieferes und immer wiederkehrendes Problem wider: die Fehlannahme, dass Abkommen, die allein von politischen und Sicherheitseliten ausgehandelt werden, nachhaltigen Frieden bringen können.

Die zentrale Rolle der Frauen in der palästinensischen Gesellschaft

Globale und lokale Belege deuten auf das Gegenteil hin: Palästinensische Frauen spielen seit langem eine zentrale Rolle für die soziale Resilienz, die politische Mobilisierung und die Förderung von Frieden. Während der Ersten Intifada organisierten Frauen Basisnetzwerke, die Gemeinschaften unter Besatzung am Leben erhielten. In den darauffolgenden Jahren standen sie weiterhin an vorderster Front bei Dialog-, Vermittlungs- und Konflikttransformationsbemühungen (insbesondere in Track-II- und Track-1,5-Foren) waren sie von Bedeutung: Sie haben Vertrauen aufgebaut, wo die formelle Politik Spaltungen zementierte.

... und ihre strukturelle Ausgrenzung von politischer Macht

Doch trotz dieses anhaltenden Engagements bleiben palästinensische Frauen weitgehend von formellen politischen Entscheidungsprozessen und Verhandlungen auf Führungs- und Entscheidungsebene ausgeschlossen. Ihre Beiträge werden in der Zivilgesellschaft zwar begrüßt, führen jedoch selten zu politischer Macht. Dies ist kein Zufall, sondern strukturell bedingt und hat System. Die Folge ist eine anhaltende Diskrepanz zwischen den Realitäten vor Ort und den auf höchster Ebene ausgehandelten Rahmenbedingungen. Vergleichbare Erfahrungen untermauern diesen Punkt.

Friedensprozesse haben deutlich bessere Erfolgsaussichten und sind nachhaltiger, wenn Frauen sinnvoll einbezogen werden. Das Beispiel Liberia zeigt das auf überzeugende Weise: Frauen mobilisierten dort über alle Gräben hinweg, sie übten anhaltenden Druck auf die Kriegsparteien aus und blieben auch nach der Unterzeichnung von Abkommen engagiert, um deren Umsetzung sicherzustellen. Immer wieder hat sich gezeigt, dass es solche inklusiven Dynamiken braucht, um dauerhafter Frieden sicherzustellen.

Jede nachhaltige Initiative muss strukturelle Ungleichgewichte angehen

Der Ausschluss von Frauen hat in Palästina dazu geführt, dass die Definition von Frieden selbst eingeengt und auf territoriale und sicherheitspolitische Vereinbarungen reduziert wurde. Zugleich wurden die sozialen, wirtschaftlichen und menschlichen Dimensionen übersehen, die darüber entscheiden, ob Frieden tatsächlich gelebt und aufrechterhalten wird. Wenn eine künftige Initiative – sei sie amerikanisch, europäisch oder regional – als echter Ausgangspunkt für einen dauerhaften Frieden dienen soll, muss sie dieses strukturelle Ungleichgewicht angehen. Für europäische Akteure, insbesondere für Deutschland, stellt dies sowohl eine Verantwortung als auch eine Chance dar. Die EU positioniert sich seit langem als normative Macht, die sich für inklusive Regierungsführung und Geschlechtergleichstellung einsetzt. In der Praxis hat das Engagement der EU in Palästina jedoch oft politische Zweckmäßigkeit vor einen inklusiven Prozess gestellt.

Was es von den europäischen Partnern braucht ...

Künftig sollte die finanzielle, diplomatische und politische Unterstützung Europas ausdrücklich an inklusive Verhandlungsrahmen gebunden sein. Dazu gehören die Forderung nach einer sinnvollen Beteiligung von Frauen in offiziellen Delegationen, die Unterstützung der von Frauen geführten politischen Plattformen sowie die Investition in Prozesse, die Führungskräfte der Zivilgesellschaft in formelle Entscheidungsprozesse einbinden. Ohne eine solche Ausrichtung läuft die europäische Politik Gefahr, genau jene Ausgrenzungen zu verstärken, die sie zu überwinden sucht.



Huda Abuarqoob ist eine palästinensische Politikberaterin und Expertin für Friedensförderung mit über 15 Jahren Erfahrung in den Bereichen Konfliktbewältigung, Track-II-Diplomatie und inklusiver Regierungsführung. Sie hat nationale und regionale Initiativen geleitet, deren Schwerpunkt auf Dialog, sozialem Zusammenhalt und politischen Reformen lag, und hält regelmäßig Vorträge zur Nahostpolitik und zum israelisch-palästinensischen Konflikt.

... und von den Palästinensern

Ebenso wichtig ist ein Wandel innerhalb der palästinensischen politischen Strukturen selbst. Inklusion kann nicht allein von außen verordnet werden; sie muss auch intern angenommen werden. Dies erfordert ein Umdenken in Bezug auf Führungskräftepools, Parteidynamiken und Verhandlungsteams, damit diese das gesamte Spektrum der palästinensischen Gesellschaft widerspiegeln. Die Frage ist daher nicht, ob Palästinenser zum Frieden beitragen können – die palästinensische Gesellschaft, insbesondere ihre Frauen, tun dies bereits. Die eigentliche Frage ist, ob sich die politischen Rahmenbedingungen so weiterentwickeln werden, dass diese Beiträge anerkannt und integriert werden.

Kein Frieden ohne eine strukturelle Beteiligung palästinensischer Frauen

Zu lange wurden Friedensbemühungen von denen geprägt, die Macht innehaben, anstatt von denen, die sie aufbauen und umsetzen. Palästinensische Frauen wieder in den Mittelpunkt der Friedensprozesse zu rücken, ist daher nicht nur eine Frage der Repräsentation. Es ist eine strategische Notwendigkeit. Ohne sie laufen künftige Initiativen unabhängig von ihrer Herkunft Gefahr, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen: Abkommen, die unterzeichnet, aber nicht eingehalten werden; Prozesse, die initiiert, aber nicht mitgetragen werden. Wenn es einen glaubwürdigen Ausgangspunkt für den Frieden geben soll, darf dieser nicht mit einem weiteren, von außen auferlegtem, Konzept beginnen, sondern mit einem grundlegenden Umdenken darüber, wer den Frieden definieren, verhandeln und vorantreiben darf.

Palästinensische Frauen sind in diesem Prozess keine ergänzende Stimme. Sie sind für seinen Erfolg unverzichtbar. ■

SAUDI-ARABIEN NACH DEM IRAN-KRIEG: DAS ENDE STRATEGISCHER ILLUSIONEN

*Der Iran-Krieg zwingt Saudi-Arabien, seine bisherigen Annahmen über Abschreckung, Diplomatie und regionale Stabilität grundlegend zu überdenken, analysiert **Abdulaziz Alkhamiz**. Er argumentiert, dass Riad zwar von seiner vorsichtigen Politik profitiert hat, nun aber vor der Aufgabe steht, eine robustere Sicherheitsarchitektur und neue strategische Allianzen zu entwickeln. Zugleich markiert der Krieg einen Wendepunkt hin zu einer härteren, realistischeren Iran-Politik und einer gestärkten geopolitischen Rolle Saudi-Arabiens im Nahen Osten.*

Iran ist mehr als eine rivalisierende Macht

Für Saudi-Arabien bedeutet der Iran-Krieg nicht nur eine weitere regionale Krise, die aus der Ferne bewältigt werden muss: Er ist eine strategische Bewährungsprobe. Er hat die Abschreckungskraft des Königreichs auf die Probe gestellt, die Fragilität der alten regionalen Ordnung offenbart und Riad gezwungen, sich einer Wahrheit zu stellen, die es zwar schon lange erkannt hatte, aber bisher ignorieren konnte: Der Iran ist nicht bloß ein lästiger Nachbar oder eine rivalisierende Macht. Er ist ein revisionistischer Akteur, der Instabilität als Druckmittel, zivile Infrastruktur als Schwachstellen und maritime Engpässe als politische Waffen einsetzt. Jüngste Angriffe und Drohungen im Zusammenhang mit dem aktuellen Krieg haben diese Einschätzung im gesamten Golfraum bestätigt.

Wichtigste Konsequenz aus dem Krieg ist konzeptioneller Art

Die wichtigste Konsequenz des Krieges für Saudi-Arabien ist nicht militärischer Natur. Sie ist konzeptioneller Art. Jahrelang versuchte Riad, die Spannungen mit Teheran abzubauen, ohne dabei seine eigenen Interessen aufzugeben. Die von China vermittelte Annäherung im Jahr 2023 war Teil dieser Bemühungen: als eine rationale Absicherung Saudi-Arabiens gegen eine endlose Eskalation. Doch der Krieg hat die Grenzen der Diplomatie aufgezeigt, wenn die andere Seite weiterhin glaubt, dass Zwang sich auszahlt. Iranische Angriffe und Drohungen gegen die

Energie-, Wasser- und militärische Infrastruktur am Golf haben nicht nur ein Sicherheitsproblem geschaffen; sie haben die Illusion entkräftet, dass Zugeständnisse allein ein Regime neutralisieren können, das die Region durch die Brille ideologischer Auseinandersetzungen und asymmetrischer Einschüchterung betrachtet.

Vorsichtiges Agieren, Diversifizieren der Partnerschaften

Das bedeutet nicht, dass die saudische Politik falsch war. Im Gegenteil: Die Vorsicht des Königreichs erscheint heute klüger denn je. Riad stürzte sich nicht in eine maximalistische Konfrontation, als andere von Parolen berauscht waren. Es gewann Zeit, diversifizierte seine Partnerschaften, stärkte seine Verteidigungsposition und hielt seine Wirtschaft am Laufen. Saudische Beamte haben öffentlich betont, dass die Wirtschaftstätigkeit normal verläuft und die Haushaltslage trotz der Ausstrahlungseffekte des Krieges stark ist. Gleichzeitig hat Finanzminister Mohammed Al-Jadaan gewarnt, dass die weiterreichenden Auswirkungen auf Lieferketten und die Weltwirtschaft noch nicht vollständig eingepreist sind. Das ist die saudische Haltung in Kurzform: keine Panik, keine Naivität.

Doch Zurückhaltung sollte nicht mit strategischer Selbstzufriedenheit verwechselt werden. Der Krieg hat deutlich gemacht, dass Saudi-Arabien ein Frontstaat bleibt, ob es diese Rolle nun anstrebt oder nicht. Der Luftwaffenstützpunkt Prince Sultan wurde diese Woche erneut getroffen, wobei US-Personal verletzt, und Flugzeuge beschädigt wurden, während Raketen- und Drohnenangriffe den gesamten Golf erreicht haben. Saudi-arabisches Territorium ist keine symbolische Kulisse für diese Konfrontation. Es ist Teil des Kampfraums.



Foto: Felix Zahn (AA) / Imago

Begrüßung beim Treffen von Bundesaußenminister Wadephul mit dem Außenminister des Koenigreichs Saudi-Arabien, Faisal bin Farhan Al Saud, im Juni 2025 in Riad

Eine neue, robuste Sicherheitsarchitektur

Deshalb kann die alte Formel „Deeskalation und Entwicklung“ nicht mehr für sich allein stehen. *Vision 2030* erfordert Stabilität, doch Stabilität kann nicht allein von Investorenpräsentationen und Renderings von Mega-projekten leben, wenn die robuste Sicherheitsarchitektur der Region weiterhin durchlässig ist. Der Krieg hat auf brutale Weise deutlich gemacht, dass Diversifizierung, Tourismus, Logistik und globale Kapitalströme letztlich von Luftverteidigung, Raketenabwehr, maritimer Sicherheit, Redundanz bei den Exportrouten und glaubwürdigen Vergeltungsmaßnahmen abhängen. Die anhaltende Fähigkeit Saudi-Arabiens, einen Teil seiner Exporte über das Rote Meer zu leiten, zeugt von Weitsicht, unterstreicht aber auch die geografische Logik der Herausforderung: Ein Königreich mit globalen wirtschaftlichen Ambitionen kann nicht zulassen, dass sein strategisches Umfeld durch die iranische Raketendoktrin oder die Risikopolitik am Hormuz-Kanal in Geiselschaft genommen wird.

Die geopolitische Rolle Saudi-Arabiens

Die zweite große Auswirkung betrifft die regionale Rolle Saudi-Arabiens. Der Krieg macht das Königreich weniger zu einem ausgleichenden Akteur und mehr zu dem unverzichtbaren arabischen Pol, um den herum jede ernsthafte Nachkriegsordnung aufgebaut werden muss. Nicht weil Riad diese Rolle theatralisch angestrebt hätte, sondern

weil die Ereignisse sie ihm aufzwingen. Kleinere Golfstaaten sind sich nach wie vor uneinig darüber, wie schnell der Krieg enden soll und zu welchen Bedingungen. Einige wollen einen sofortigen Waffenstillstand, um den wirtschaftlichen Schaden zu begrenzen; andere bestehen darauf, dass jede Einigung, die Irans Raketen- und Drohnenkapazitäten intakt lässt, lediglich den Countdown zur nächsten Krise zurücksetzen würde. Reuters berichtete jüngst, dass Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain Washington auf eine Lösung drängen, die Irans Zwangsmittel schwächt, anstatt sie nur vorübergehend auszusetzen.

Das ist der entscheidende politische Kurswechsel. Vor diesem Krieg sprachen viele in der Region noch so, als sei das strategische Ziel die Koexistenz mit der Macht des Iran. Nach diesem Krieg scheint die sich abzeichnende saudische Sichtweise härter zu sein: Eine Koexistenz mag mit Iran als Staat möglich sein, nicht jedoch mit Iran als dauerhaft bewaffnetem Erpressungssystem. Mit anderen Worten: Riads Schwellenwert hat sich verändert. Es reicht nicht mehr aus, einen Krieg zu vermeiden; die Frage ist, ob der Krieg so endet, dass eine Wiederholung unwahrscheinlicher wird. Das ist ein viel strengerer Maßstab – und ein viel realistischerer.

Neue Debatten, neue Allianzen

Dieser Wandel prägt auch die saudische Debatte über die Normalisierung der Beziehungen zu Israel und die Abraham-Abkommen neu. Der Krieg macht eine saudisch-israelische Normalisierung nicht automatisch. Saudi-Arabien hat nach wie vor seine eigenen politischen, religiösen und arabischen Überlegungen, und die Palästinafrage ist nicht vom Tisch. Doch der Krieg hat noch etwas anderes bewirkt: Er hat die strategische Logik einer selektiven Annäherung deutlicher sichtbar gemacht. Das Königreich hat in Echtzeit erkannt, dass die Hauptbedrohung für die Infrastruktur am Golf und die regionale Ordnung nicht in der rhetorischen Solidarität selbsternannter „Widerstands“-Akteure liegt, sondern in einer iranischen Militärdoktrin, die Flughäfen, Häfen, Stützpunkte, Energieanlagen und potenziell auch Wasserversorgungsanlagen ins Visier nimmt. In diesem Umfeld stellt sich nicht mehr die Frage, ob Israel ein umstrittener regionaler Akteur ist. Die Frage ist, ob eine Koalition von Status-quo-Staaten gebildet werden kann, um einen revolutionären Akteur einzudämmen.

Es ist unwahrscheinlich, dass Saudi-Arabien eine plumpe „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“-Formel übernimmt. So agieren seriöse Staaten nicht. Aber es kann auch die Lehren des Schlachtfelds nicht ignorieren. Der Nahe Osten der Nachkriegszeit wird Netzwerke aus integrierter Luftverteidigung, Informationsaustausch, Cyberkoordination und maritimer Sicherheit belohnen. Wenn sich die Abraham-Abkommen von diplomatischem Symbolismus zu einer echten Sicherheitsarchitektur entwickeln, wird Riad sie weniger als PR-Frage, sondern vielmehr als strategisches Instrument betrachten. Der Krieg hat die Debatte um die Normalisierung nicht beendet. Er hat sie ihrer Illusionen beraubt.

Realistische Sicht auf den Iran

Es besteht jedoch die Gefahr für Saudi-Arabien, den Moment zu triumphierend zu interpretieren. Der Iran mag geschwächt hervorgehen, aber ein geschwächter Iran ist nicht dasselbe wie ein irrelevanter Iran. Selbst nach wochenlangen Angriffen hat Teheran weiterhin seine Fähigkeit zur Disruption durch Raketen, Drohnen, maritimen Druck und die Aktivierung von Stellvertretern unter Beweis gestellt. Die zunehmende Beteiligung der Houthis erinnert daran, dass das regionale Modell des Iran nie allein auf konventionelle Stärke gesetzt hat. Es beruht auf distribuiertem Instabilität.

Vier Prinzipien für eine saudische Strategie

Das bedeutet, dass Riad's Strategie nach dem Krieg auf vier Prinzipien beruhen muss:

- Erstens muss Saudi-Arabien die Abschreckung verstärken, nicht nur die Verteidigung. Das Abfangen von Raketen und Geschossen ist unerlässlich, doch es allein belastet eine dauerhafte Stabilität. Das Königreich braucht stärkere integrierte Verteidigungsmaßnahmen mit vertrauenswürdigen Partnern, aber auch eine klarere Doktrin hinsichtlich der Kosten für Angriffe auf sein Territorium und seine Infrastruktur.
- Zweitens muss Saudi-Arabien vorantreiben, dass verschiedene Energie- und Handelskorridore geschaffen werden. Hormuz kann nicht länger als Handelsader betrachtet werden, die gelegentlich von der Politik unterbrochen wird. Es ist nun ein umkämpfter strategischer Hebel, und der Iran hat erneut gezeigt, dass er bereit ist, ihn als Waffe einzusetzen.



Abdulaziz Alkhamis ist ein in Dubai lebender saudisch-britischer Journalist. Er war als Autor und Redakteur für verschiedene Zeitungen und Zeitschriften sowie als Fernsehproduzent und Moderator tätig, darunter als Chefredakteur für die Zeitung *Al-Arab* in London sowie als Produzent und Moderator von *Friendly Fire*, einer Sendung auf *SkyNews Arabia*. Neben seiner journalistischen Tätigkeit ist er als kreativer Unternehmer tätig und baut derzeit *JETIME* auf, ein Café und Podcast-Studio in Abu Dhabi, das als Ort für intellektuellen Dialog und Multimedia-Produktionen dient. Seine Schwerpunkte liegen auf der Geopolitik des Nahen Ostens, KI und politischen Prognosen sowie historischen und militärischen Narrativen.



- Drittens sollte Saudi-Arabien seine derzeitige Zurückhaltung in diplomatische Autorität umwandeln. Jede regionale Einigung, die die Sicherheit am Golf als zweitrangig gegenüber den Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran behandelt, wird scheitern. Riad hat sich das Recht verdient, darauf zu bestehen, dass jedes Nachkriegs-Rahmenwerk durchsetzbare Beschränkungen für Raketenbedrohungen, Stellvertreterkriege und maritime Zwangsmaßnahmen beinhaltet. Die Sicherheit am Golf darf nicht länger eine Fußnote in den Verhandlungen anderer behandelt werden.
- Viertens muss das Königreich der Versuchung widerstehen, den Sieg lediglich als Demütigung des Iran zu definieren. Das wahre Ziel Saudi-Arabiens ist kein Spektakel, sondern eine Struktur. Eine regionale Ordnung, in der die Golfstaaten aufbauen, investieren und modernisieren können, ohne im Schatten periodischer militärischer Erpressung zu leben. Das ist ein höheres Ziel als Rache und weitaus schwieriger zu erreichen.

Keine Zeit für ambiges Agieren

Letztendlich hat der Krieg mit dem Iran den Spielraum für Zweideutigkeiten in Saudi-Arabien eingeschränkt. Er hat die Vorsicht Riads teilweise bestätigt, einen Großteil des alten Optimismus hinsichtlich einer Deeskalation begraben sowie die Rolle des Königreichs als zentrale arabische Macht bei jeder ernsthaften Neuordnung des Nahen Ostens gestärkt. Die Lehre daraus ist nicht, dass Saudi-Arabien rücksichtslos werden muss. Sie lautet vielmehr, dass es sich strategische Sentimentalität nicht mehr leisten kann.

Die Nachkriegszeit – wann immer sie formell beginnt – wird keine Staaten belohnen, die lediglich überlebt haben. Sie wird Staaten belohnen, die gelernt haben. Saudi-Arabien muss nun zeigen, dass es genau das getan hat. ■

Die Abraham-Abkommen

2020 unterzeichneten vier arabische Staaten – Bahrain, Marokko, die Vereinigten Arabischen Emirate und der Sudan – mit Israel die Abraham-Abkommen, vermittelt durch die USA. Die Abkommen stellen einen Wendepunkt in den Beziehungen dar, nachdem über 60 Jahre ein großer Teil der arabischen Welt die Anerkennung Israels und die Aufnahme politischer Beziehungen verweigert hatte. Die Abkommen sehen eine umfassende Normalisierung der Beziehungen, sowie eine konkrete Kooperation in Politik, Forschung und Zivilgesellschaft und sogar im schwierigen Bereich der Sicherheit vor. Jordanien und Ägypten, die bereits Friedensverträge mit Israel haben, sind in den Prozess eingebunden. Mit weiteren Ländern, wie dem Oman und Saudi-Arabien, laufen Gespräche für solche Abkommen. Das Bündnis eint der gemeinsame Feind Iran, dessen Nuklearprogramm in der Region von den sunnitischen Staaten und Israel gleichermaßen als Bedrohung angesehen wird.

ÄGYPTENS WICHTIGE VERMITTLERROLLE FÜR DIE ZUKÜNFTIGE LÖSUNG DES NAHOST-KONFLIKTES

Anwar E. El Sadat beleuchtet Ägyptens zentrale Rolle als unverzichtbarer Vermittler im Nahostkonflikt nach dem Gaza-Krieg und im Kontext der Trump-Friedensinitiativen. Er führt aus, wie Kairo zwischen den Interessen internationaler Akteure balanciert, humanitäre Hilfe leistet und gleichzeitig wirtschaftliche Belastungen trägt. Entscheidend bleibt, ob Ägyptens pragmatische Diplomatie den Weg zu einer realistischen Zwei-Staaten-Lösung ebnen kann.

Ägyptens zentrale Rolle bei der Lösung regionaler Konflikte

Während der Nahe Osten die komplexen Folgen des Gaza-Kriegs und die Umsetzung der Friedensinitiativen der Trump-Regierung bewältigt, hat sich Ägypten als unverzichtbarer Vermittler erwiesen. Kairos in geografischer, politischer und historischer Hinsicht strategische Position hat das Land zu einem wichtigen Vermittler bei den Bemühungen um die Stabilisierung der Region und die Förderung der Aussichten auf eine dauerhafte Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts gemacht.

Traditionelle Vermittlerrolle

Ägyptens Rolle als regionaler Vermittler ist tief in seiner Geschichte verwurzelt. Seit dem Friedensvertrag mit Israel von 1979 hat sich Kairo konsequent als Brücke zwischen den Konfliktparteien positioniert. Heute wird dieses Erbe aktiv an mehreren Fronten gleichzeitig genutzt. Der ägyptische Präsident Abdel Fattah El Sisi hat persönlich betont, dass Ägypten eine „ehrlche und aufrichtige“ Vermittlung anstrebt, um regionale Konflikte zu beenden, und dabei, aus Erfahrung schöpfend, angemerkt, dass „Kriege nur zu Zerstörung, Ruin und einer Beeinträchtigung der Interessen und des Schicksals der Menschen führen“.

Ägypten gehörte zu den ersten Ländern, die unmittelbar nach Kriegsausbruch diplomatische Bemühungen unternahmen. Es berief am 21. Oktober 2023 den Kairoer Friedensgipfel ein, an dem zahlreiche internationale und arabische Akteure (mehr als 30 Länder und Organisationen) teilnahmen. Ziel des Gipfels war, die Eskalation zu stoppen, Zivilisten zu schützen, den Fluss humanitärer Hilfe nach Gaza sicherzustellen und Wege für eine umfassende Lösung auf der Grundlage der Zwei-Staaten-Lösung zu finden.

Der Besuch des französischen Präsidenten Macron in Ägypten, sein Besuch in El Arish und seine persönlichen Eindrücke vor Ort, als er Palästinenser in ägyptischen Krankenhäusern besuchte, hatten einen enormen positiven Einfluss und spiegelten das europäische Bewusstsein für die Geschehnisse wider.

Ägypten war zudem Gastgeber des Friedensgipfels von Sharm El-Sheikh am 13. Oktober 2025, der unter dem gemeinsamen Vorsitz von Ägypten und den Vereinigten Staaten und mit breiter internationaler Beteiligung stattfand. Ziel des Gipfels war, den Waffenstillstand in Gaza zu festigen und die Stabilität im Nahen Osten zu fördern. Man wollte die Vereinbarung zur Beendigung des Konflikts sichern, die Zukunft des Gazastreifens erörtern, Wiederaufbaumaßnahmen angehen und eine neue Ära regionaler Sicherheit einleiten.

Ägyptens humanitäre Rolle trotz wirtschaftlicher Schäden

Ägyptens Rolle in der Gaza-Krise stellt eine der bedeutendsten humanitären Operationen in der jüngeren Geschichte des Nahen Ostens dar. In Zahlen: über 800.000 Tonnen Hilfsgüter, 70 Prozent der gesamten Hilfe, die Gaza erreichte, 105 Millionen US-Dollar an Ausgaben des Roten Halbmonds, 35.000 Freiwillige und 18.560 verwundete Palästinenser, die in ägyptischen Krankenhäusern medizinisch versorgt wurden. Über die Statistiken hinaus hat Ägypten die diplomatische Infrastruktur für Waffenstillstandsverhandlungen bereitgestellt, an seinen festen politischen Prinzipien gegen Vertreibung festgehalten und sichergestellt, dass selbst bei geschlossenen Grenzen ein Korridor für Hilfslieferungen offenblieb.

Andererseits hat der Gaza-Krieg der ägyptischen Wirtschaft enormen Schaden zugefügt. Insbesondere sind die Einnahmen aus dem Suezkanal um über 50 % gesunken, was auf Angriffe der Houthis auf Schiffe zurückzuführen ist. Der ägyptische Präsident Abdel Fattah El Sisi hat persönlich betont, dass der Rückgang der Einnahmen aus dem Suezkanal um 500 Mrd. EGP in Verbindung mit globalen Störungen der Lieferketten und steigenden Energiekosten aufgrund der Konflikte in Gaza und im Iran Ägypten an einen „historischen Scheideweg“ gebracht hat.

Diese Krise hat zu einem massiven Rückgang der Devisenreserven geführt, was die ohnehin schon fragile finanzielle Lage Ägyptens schwer beeinträchtigt und den Tourismus zurückgegangen lässt, was zu Gesamtkosten für die Wirtschaft beiträgt,

Erwartungen der Parteien und die Zwei-Staaten-Lösung

Die Erwartungen der Parteien an Ägypten spiegeln ihre unterschiedlichen Interessen wider. Israel betrachtet Ägypten als einen entscheidenden Sicherheitspartner und erwartet von Kairo, dass es die Wiederbewaffnung der Hamas verhindert und sicherstellt, dass der Wiederaufbau die militärischen Fähigkeiten nicht stärkt. Palästinensische Fraktionen wenden sich an Ägypten als traditionelle arabische Macht; die Hamas hat stets die ägyptische Vermittlung bevorzugt, während die Palästinensische Autonomiebehörde auf Kairo setzt, um den Rahmen für eine spätere palästinensische Einheit zu bewahren. Die Vereinigten Staaten verlassen sich auf die ägyptische Diplomatie, um Waffenstillstandsabkommen umzusetzen; hochrangige US-Beamte haben sich mit ägyptischen Amtskollegen getroffen, um die nächsten Schritte zu koordinieren. Die internationale Gemeinschaft schätzt es, dass Ägypten darauf beharrt, dass die Palästinafrage „nicht übersehen werden darf“ und dass Vereinbarungen nach dem Konflikt der Zwei-Staaten-Lösung dienen müssen.

Ägyptens Unterstützung für die Zwei-Staaten-Lösung bleibt unverändert. Das „Board of Peace“-Konzept der Trump-Regierung macht den Wiederaufbau von der Entwaffnung bewaffneter Gruppen abhängig – eine Bedingung, die Ägypten vorsichtig akzeptiert, während es gleichzeitig die Kanäle zu allen Parteien aufrecht erhält. Kairo verfügt zwar nicht über den wirtschaftlichen

Einfluss der Großmächte, besitzt jedoch ein ausgewogenes Beziehungsnetzwerk, Erfahrung im Konfliktmanagement und die geografische Kontrolle über einen wichtigen Grenzübergang.

Letztendlich ist die Rolle Ägyptens unverzichtbar. Ob sich die Zwei-Staaten-Lösung als realistisch oder als utopisch erweist, hängt davon ab, ob regionale und internationale Akteure ihre Erwartungen an die pragmatische, geduldige Diplomatie Ägyptens anpassen. Vorerst hält Ägypten die diplomatische Tür offen.

Darüber hinaus hat Ägypten konsequent das Nationale Komitee für die Verwaltung des Gazastreifens (NCAG) als entscheidendes Übergangsgremium für die Nachkriegsverwaltung unterstützt. Dieses im Januar 2026 gemäß der Resolution 2803 des UN-Sicherheitsrats gegründete, 15-köpfige technokratische Komitee unter der Leitung von Ali Shaath hat die Aufgabe, die täglichen zivilen Angelegenheiten im Gazastreifen zu verwalten, den Wiederaufbau zu überwachen und die humanitäre Hilfe zu koordinieren. Ägypten hat sich zudem verpflichtet, palästinensisches Polizeipersonal auszubilden, um die Sicherheit in der Enklave zu gewährleisten. Entscheidend ist, dass Kairo das NCAG als mehr als nur eine vorübergehende Verwaltungslösung betrachtet – es ist ein positiver Katalysator für die Zwei-Staaten-Lösung.

Ägyptische Beamte haben die Arbeit des Komitees ausdrücklich mit einer Übergangsphase in Verbindung gebracht, die darauf abzielt, den Gazastreifen zu stabilisieren. Dadurch wird die territoriale Einheit Palästinas gewahrt und das Ziel eines unabhängigen palästinensischen Staates vorangetrieben. ■



Anwar E. El Sadat ist Vorsitzender der *Partei für Reform und Entwicklung* in Ägypten. Er wurde 2005 in die ägyptische Volksversammlung gewählt und ist aktives Mitglied des *Ägyptischen Rates für auswärtige Angelegenheiten (ECFA)*. Darüber hinaus ist er Gründer und Vorsitzender der *El-Sadat-Vereinigung für soziale Entwicklung und Wohlfahrt*, einer NGO, die sich der Förderung von Entwicklung, der Bekämpfung von Armut sowie der Stärkung der Menschenrechte und der politischen Teilhabe widmet. Seit 2010 ist er Mitglied des Vorstands des *Dachverbands der NGOs und Stiftungen*. Herr El Sadat war von 2012 bis 2017 erneut im Parlament, wo er u.a. Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses und Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung war. Im Jahr 2021 wurde er zum Vorsitzenden des Ausschusses für bürgerliche und politische Rechte im Nationalen Rat für Menschenrechte gewählt. Derzeit ist er als Vizepräsident des Nationalen Rates für Menschenrechte nominiert. Er ist außerdem Mitglied des Beirats von *MENA2050*.



Zentrum
Liberale
Moderne

Die Lage im israelisch-palästinensischen Konflikt und in Nahost erscheint nach dem 7. Oktober 2023 und dem Gazakrieg, sowie den Konflikten mit dem Libanon und Iran fast aussichtslos. Dennoch fanden sich auf Einladung des Zentrums Liberale Moderne Akteure aus der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaft, unterstützt von Experten aus Saudi-Arabien und Ägypten sowie deutscher Thinktanks, zu einem „Netzwerk Nahost“ zusammen, um gemeinsam über Auswege aus der Eskalationsspirale zu diskutieren.

In dieser Broschüre stellen Mitglieder des Netzwerkes aus der Region ihre Vorschläge und Empfehlungen vor.

Gefördert durch



Auswärtiges Amt

Veröffentlicht im Mai 2026 vom

Zentrum Liberale Moderne
Reinhardtstraße 15
10117 Berlin

+49 (0)30 - 13 89 36 33
info@libmod.de

www.libmod.de